

## Rede Dieter Hausold

Liebe Birgit,

liebe Genossinnen und Genossen,

ich denke, ich werde die Zeit nicht ganz benötigen.

Wir haben ja heute Vormittag sehr substantiell gehört, landespolitisch, bundespolitisch und auch gerade von Gabi und von Lothar europapolitische Fragen und Zusammenhänge. Und wir sind uns natürlich im Klaren darüber, dass diese Zusammenhänge auch prägend sind für die Entwicklung der LINKEN hier in Thüringen, für ihr politisches Profil und darin eingebettet natürlich auch für die Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag in den kommenden Monaten, bis ins Jahr 2009 hinein.

Und deshalb will ich auch angesichts der vorliegenden Anträge, die wir ja in den beiden Tagen behandeln werden, noch einmal ganz deutlich hier zu Beginn meiner Ausführungen sagen, wir müssen schon mit aller Klarheit wissen, was sich landespolitisch bewegen lässt. Und ich werde dazu noch einmal einige Ausführungen machen. Wir müssen dabei auch wissen, dass wir landespolitisch nicht grundsätzlich einen politischen Wechsel, eine politische Wende, eine politische Veränderung in der Bundesrepublik Deutschland herbeiführen können. Aber, und das ist unsere Verantwortung, liebe Genossinnen und Genossen, auf dieses Land Thüringen und auch auf die LINKE in diesem Land Thüringen blickt jetzt schon mit Blick auf das Jahr 2009 die ganze Republik in gewisser Hinsicht. Und was wir als LINKE alternativ vorlegen werden, wie wir kämpfen werden für politische Veränderungen in diesem Land, das hat daher immer auch inhaltlich wie personell, und dazu kommen wir ja am Sonntag auch, eine bundesweite Bedeutung und Verantwortung, liebe Genossinnen und Genossen. Und der müssen wir uns gewappnet zeigen, unbedingt. Und deshalb sage ich noch einmal, wir haben in der Debatte, und ich denke, man kann auch sagen, wir haben gute Ansätze für eine andere Bildungspolitik in diesem Land. Das lässt sich sehr wohl und sehr landespolitisch bewegen und verändern und es wird sehr darauf ankommen, dass wir als gestärkte Partei in diesem Land in den nächsten 1 ½ Jahre und dann insbesondere nach 2009 nicht nur unsere Vorstellungen, die auch die Vorstellungen einer breiten Mehrheit in Thüringen ist, zum Ausdruck bringen können, dass wir längeres gemeinsames Lernen wollen, sondern wir wollen das auch umsetzen in diesem Land, liebe Genossinnen und Genossen.

Und wir stehen in diesem Land, und das können wir sehr wohl landespolitisch verändern, für mehr direkte Demokratie Gerade auch in den Zusammenhängen der kommunalpolitischen Fragen, die hier behandelt werden, bleibt es für uns eine Grundmaxime – wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger mehr selbst im Dialog mit ihren Stadträten, mit ihren Landräten, mit

ihren Gemeindevertretern Entscheidungen fällen und vorbereiten und fällen können und dass wir dann sozusagen auf unsere Fahnen schreiben „Wir wollen direkte Demokratie, um die repräsentative Demokratie in diesem Land zu stärken“, und das wollen wir umsetzen in diesem Land, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir wollen eine andere Sozialpolitik. Auch darüber ist gesprochen worden. Und auch hier muss man ganz deutlich sagen, das, was z. B. die Betreuung in den Kindertagesstätten betrifft, ist sehr wohl im Zusammenwirken zwischen den Kommunen und dem Land neu zu gestalten, anders zu gestalten und vor allen Dingen wieder ein vernünftiges menschliches Maß, auf das, was Kinder in diesem Land brauchen, zurückzuführen. Und deshalb ist es so wichtig, Althaus und die CDU abzuwählen, damit Kinder in diesem Land eine Zukunft haben, liebe Genossinnen und Genossen.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste, ja natürlich, auch das hat heute schon eine Rolle gespielt, wir wollen ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus in diesem Land, weil wir sagen, das zivile Engagement, das gesellschaftliche Engagement und staatliche Verantwortung in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus müssen endlich zusammengeführt werden. Und das wollen wir umsetzen, liebe Genossinnen und Genossen. Und dazu brauchen wir politische Mehrheiten in diesem Land.

Und wenn ich das sage, dann gehe ich davon aus, dass wir dazu auch politische Partner brauchen. Aber, und das sage ich auch ganz deutlich, die Garantie dafür, dass in einer zukünftigen Regierung in Thüringen für eine Veränderung, für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr Demokratie gekämpft wird, ist eine starke LINKE hier in Thüringen. Und daran führt kein Weg vorbei, liebe Genossinnen und Genossen, und dafür müssen wir gemeinsam politisch streiten.

Und ich will es noch einmal sagen, wir haben eine gute Ausgangsbasis, wozu auch die Landtagsfraktion ihren Beitrag im Kontext des Landesverbandes leistet. Wir haben haushaltspolitische Forderungen aufgestellt, die deutlich machen, dass wir schon unter heutigen Voraussetzungen eine andere Politik in diesem Land gestalten könnten in den wichtigsten Fragen, die ich eben noch einmal genannt hatte, wenn es nur eine politische Mehrheit gebe. Aber von Althaus und Co. ist das natürlich nicht zu erwarten.

Und deshalb sage ich ganz deutlich an diesem Punkt, wir werden nicht genau wissen, was wir wirklich vorfinden im Jahr 2009, wenn es ggf. andere Mehrheiten, wovon wir ausgehen, in diesem Landtag gibt. Was wir aber wissen, und das zeigt die Bewegung für mehr Demokratie, es gibt genügend Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, die mit uns gemeinsam eine andere Politik gestalten wollen. Und denen müssen wir auch die Möglichkeit verschaffen, dass wir sie denn anders gestalten, liebe Genossinnen und Genossen.

Und in diesem Sinne, und um meine Redezeit sicher dann nicht ganz auszulasten an dieser Stelle, weil viele noch viel mehr sagen wollen auf so einem Parteitagsdisput in der Generaldebatte, sage ich uns ganz einfach noch einmal, wir können alles tun, alles streiten, alles bewegen, alle Differenzen in dieser Partei austragen, aber eins, das können wir nicht tun, vor der Öffentlichkeit dieses Landes nicht zu unserer Verantwortung stehen, dass wir in der Lage sind, mit den Menschen gemeinsam auch eine andere Politik in diesem Land tatsächlich zu gestalten. Jawohl, Veränderung beginnt mit Opposition, liebe Genossinnen und Genossen, aber sie hört nicht damit auf, liebe Genossinnen und Genossen.